

#LÄNDERSACHE

luxemburgreport

LANDTAGSWAHL MECKLENBURG-VORPOMMERN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: August 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Neben den Fragen von Tagespolitik machen wir uns aber auch auf die Suche nach Antworten, ob, wann und wie auf der Ebene der Landespolitik die Frage sozialistischer Transformation auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – verstanden als Versuch, relevante gesellschaftliche Bereiche aus der kapitalistischen Verwertung zu lösen und demokratisch mitzugestalten.

Eine der Voraussetzungen, um Politik und Gesellschaft vor Ort verstehen, erklären und auch verändern zu können, ist Wissen – über Themen, Strukturen, Entscheidungswege und Verwaltungspraxen. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Theorie progressiver Veränderung von Gesellschaft entwickeln und die Debatte darüber mit Akteur*innen aus Verbänden, Initiativen, Wissenschaft und Politik führen. Theorie und Wissen sollen auch zur verändernden Praxis ermutigen und befähigen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

ALEXANDER MASCHKE

LANDTAGSWAHL IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

POLITISCHES FAZIT

Bei der kommenden Wahl am 26. September 2021 dürfte Mecklenburg-Vorpommern zum politischen Standard in den neuen Bundesländern aufschließen: Sehr wahrscheinlich wird es dann auch im Nordosten die erste aus drei Parteien bestehende Landesregierung geben. Die amtierende Koalition aus SPD und CDU war schon nach der letzten Wahl 2016 ein unfreiwilliges Bündnis, das den Namen «Große Koalition» kaum erlaubt, da beide Volksparteien zusammen nur noch die Hälfte aller Stimmen erhalten haben – sich ihre bundesweite Erosion also auch in Mecklenburg-Vorpommern fortgesetzt hat (Kahrs 2016: 3). Insbesondere in der CDU als Juniorpartner gab es nach dem Stimmenverlust bei der Landtagswahl 2016 und dem Abrutschen auf den dritten Platz hinter die AfD Rufe nach einem Ende der Zusammenarbeit mit der SPD. Die einzige weitere Option im Vier-Parteien-Parlament wäre eine Koalition zwischen SPD und Linkspartei gewesen, die allerdings nicht nur mit einer starken Opposition aus CDU und AfD konfrontiert gewesen wäre, sondern bei einer knappen Mehrheit von einer Stimme auch von den beiden Regierungsparteien Einigkeit in allen Punkten erfordert hätte.

Mit der Fortschreibung der Koalition aus SPD und CDU legte sich abermals «Mehltau übers Land» (Ritter 2015: 147). Dass ein Großteil der politischen Probleme nicht sinnvoll bearbeitet werden konnte, lag auch daran, dass entweder die Kompetenzen nicht bei der Landesregierung angesiedelt waren und sind oder dass dem Bundesland die nötigen Ressourcen fehlten. So bleibt Mecklenburg-Vorpommern im bundesdeutschen Vergleich in vielen Punkten Schlusslicht: angefangen beim Durchschnittsverdienst der Lohnabhängigen über das in der Bevölkerung vorhandene Vermögen, längere Fahrtwege zum Arbeitsplatz und längere Arbeitszeiten bis hin zur Arbeitslosenquote, die mit 8,1 Prozent überdurchschnittlich hoch ist (BfA 2021: 18) und Mecklenburg-Vorpommern damit hinter Bremen und Berlin auf den dritten Platz verweist. Gleichzeitig schrumpft die Erwerbsbevölkerung, obwohl die Bevölkerungszahl vor allem aufgrund von Binnenmigration in den letzten Jahren wieder leicht angestiegen ist.

So bleibt das Problem einer alternden Gesellschaft, die abseits der wenigen urbanen Räume mit einem Verfall und Rückbau der Infrastruktur im Allgemeinen und der medizinischen im Besonderen zu kämpfen hat. Die sich darin widerspiegelnde ungleiche regionale Entwicklung ist jedoch nicht allein auf das Verhältnis zwischen Stadt und Land beschränkt, sondern zeigt sich ebenso in einem West-Ost-Gefälle und entlang des «Mecklenburg-Vorpommern-Äquators» (Klüter 2020: 18), der Achse zwischen Lübtheen und Peenemünde. Die künftige Landesregierung steht vor entsprechend umfassenden Aufgaben.

THEMEN IM LAND

Auch in Mecklenburg-Vorpommern hat die Pandemie die öffentlichen Diskussionen in den vergangenen Monaten bestimmt, obwohl die Infektionsraten über weite Zeiträume hinweg gering waren. Rostock und dessen Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen (parteilos) erlangten bundesweite Bekanntheit aufgrund des zwischenzeitlich sehr niedrigen Inzidenzwerts. Allerdings musste das Bundesland während der «dritten Welle» in allen Kreisen und den beiden kreisfreien Städten dreistellige Inzidenzen verzeichnen, sodass einzelne Krankenhäuser an ihre Kapazitätsgrenzen stießen. Auch hier zeigte sich der «Mecklenburg-Vorpommern-Äquator»: «Das Corona-Monitoring und -Management in Vorpommern-Greifswald, Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim ist durch niedrige Effektivität gekennzeichnet» gewesen und die Sterblichkeit war in diesem Teil des Landes doppelt so hoch wie im nördlichen (Klüter 2021: 3). Eine Ursache hierfür ist die für die Gesundheitsämter nicht zu bewältigende Größe dieser Kreise als Ergebnis der Kreisgebietsreform 2011.

Darüber hinaus sorgten die Enthüllungen bezüglich faschistischer Verbindungen in und zu den Sicherheitsbehörden für gesellschaftliche Diskussionen. Im Zentrum stand dabei die Gruppe Nordkreuz. Der Name geht auf den Titel einer Telegram-Chatgruppe eines Prepper-Netzwerks zurück (Renner/Wehrhahn 2020: 42), dessen Mitglieder sich mit Munitions- und Vorratslagern auf einen ersehnten Zusammenbruch der Bundesrepublik vorbereiten. Zu diesem Zweck legten sie außerdem Namenslisten an, um am «Tag X» Vertreter*innen des politisch linken Spektrums festzusetzen oder zu töten. Nachdem die Presse die Listen als «Todeslisten» bezeichnet hatte, wiesen die zuständigen Behörden diese Bezeichnung mit der Begründung zurück, dass auf den Listen ein Vermerk zur Tötungsabsicht

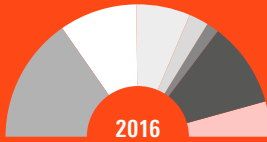
fehle. Die Behörden korrigierten diese Einstufung auch dann nicht, als Leichensäcke und Ätzkalk gefunden wurden. Auch der damalige Innenminister und Landtagsabgeordnete Lorenz Caffier (CDU) wies die Bezeichnungen als «Todes-» oder «Feindeslisten» zurück. Sie seien irreführend und panikmachend (Deutschlandfunk 2019). Die Brisanz der Enthüllungen für das Innenministerium besteht darin, dass auch Polizist*innen und Soldat*innen Teil des Netzwerks sind und in den besonderen Fokus der Bundesanwaltschaft gerieten. Weil allerdings nur zwei Personen als Beschuldigte geführt werden, konnte ein Verfahren wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung nicht eingeleitet werden (Renner/Wehrhahn 2020: 43): Dazu braucht es drei Beschuldigte. Zudem wurden mehrere Fälle von Munitionsdiebstählen durch Beamte aus Spezialeinsatzkommandos bekannt, die in Verbindung mit dem Fall Nordkreuz stehen.

Im März 2020 setzte ein Großbrand in einem Mastbetrieb in Alt Tellin im Landkreis Vorpommern-Greifswald, bei dem 55.000 Tiere verendeten, die Massentierhaltung erneut auf die politische Tagesordnung (NDR 2021a). Der Betrieb – die größte Sauenanlage Deutschlands – steht schon seit Jahren in der Kritik. Bereits im Sommer 2019 waren aufgrund einer defekten Lüftungsanlage 1.000 Schweine umgekommen. Die Katastrophe gehört zu einer Reihe von «Unfällen» auch in anderen Mastanlagen, die immer wieder zeigen, dass der Agrarsektor in Mecklenburg-Vorpommern einer Strukturreform bedarf. Als Folge der Wirtschaftsweise in der DDR und der Transformation nach 1990 ist der Sektor von Großbetrieben geprägt, die infolge von Aufkäufen durch agrarfremde Konzerne und rapide steigenden Bodenpreisen die ökologischen Grenzen der Landwirtschaft systematisch überschreiten. Nur Bündnis90/Die Grünen und mittlerweile auch DIE LINKE setzen sich für einen Umbau der industriellen Landwirtschaft ein, die mit dem Bauernverband allerdings über eine sehr gut aufgestellte Lobbyorganisation verfügt.

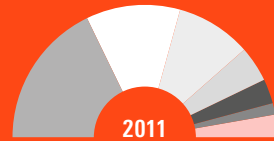
Auch die Frage nach den ungleichen Lebensverhältnissen im Bundesland bleibt ein Dauerthema. Dabei steht die medizinische Versorgung an erster Stelle, für die zwei Probleme zentral sind: Erstens sind viele Krankenhäuser privatisiert worden und orientieren ihre Versorgung an der Profitmaximierung und nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Neben den auch in der Bundespolitik diskutierten Problemen einer zu geringen Personalbemessung und einem Sinken der Qualität der Versorgung verschlechtern zudem die Schließungen vermeintlich unrentabler Abteilungen die Versorgungslage. So wurden etwa in Ribnitz-Damgarten und Wolgast die

LANDTAGSWAHLERGEBNISSE SEIT 1990

SPD 30,6% CDU 19,0% **DIE LINKE** 13,2% Grüne 4,8% FDP 3,0% AfD 20,8% Andere 8,6%



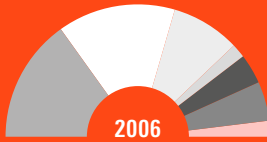
SPD 35,6% CDU 23,0% **DIE LINKE** 18,4% Grüne 8,7% NPD 6,0% FDP 2,8%



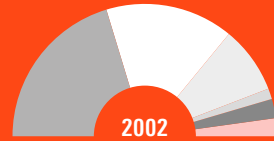
Andere
5,5%

SPD 30,2% CDU 28,8% **DIE LINKE** 16,8% Grüne 3,4% NPD 7,3% FDP 9,6%

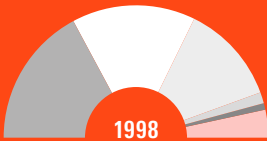
Andere
3,9%



SPD 40,6% CDU 31,4% PDS 16,4% Grüne 2,6% FDP 4,7% Andere 4,3%



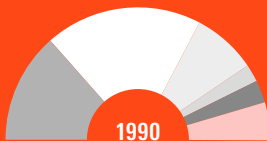
SPD 34,3% CDU 30,2% PDS 24,4% Grüne 2,7% FDP 1,6% Andere 6,8%



SPD 29,5% CDU 37,7% PDS 22,7% Grüne 3,7% FDP 3,8% Andere 2,6%



SPD 27% CDU 38,3% PDS 15,7% Grüne 4,2% FDP 5,5% Andere 9,3%



Quelle: www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2021/

Geburtsstationen geschlossen. Für Entbindende bedeutet dies eine lange Anfahrt. Schon jetzt sind die Wege vor allem in den ländlichen Räumen zu den Krankenhäusern weit. Dennoch gibt es Forderungen nach einer weiteren Konzentration der Krankenhäuser und einem Ersatz der ärztlichen Erstversorgung durch Telemedizin oder einer Erstversorgung in den Apotheken (NDR 2021b). Begründet wird dies mit der Alterung der Bevölkerung und dem in Teilen des Landes ungebrochenen Bevölkerungsrückgang. Die Rekommunalisierung des Krankenhauses in Crivitz kann als erster Versuch gewertet werden, dem weiteren Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge entgegenzuwirken.

POLITISCHE AUSGANGSLAGE UND DER KÜNFTIGE LANDTAG¹

Aktuell sind im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vier Fraktionen vertreten. Infolge einer Spaltung 2018 verließen vier Abgeordnete die AfD-Fraktion und gründeten zwischenzeitlich die Fraktion Freie Wähler/Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV), die sich allerdings nach einem Jahr wieder auflöste. Zwei Abgeordnete wechselten daraufhin zur CDU-Fraktion, einer kehrte zur Fraktion der AfD zurück und ein Abgeordneter blieb fraktionslos. Bündnis90/Die Grünen, die FDP und die NPD haben trotz ihres Nichteinzugs in den Landtag gezeigt, dass sie dennoch über eine Basis in Mecklenburg-Vorpommern verfügen. Bei der kommenden Wahl dürfen die Grünen auf ein Rekordergebnis von 14 Prozent hoffen (Infratest dimap 2021), das aber weit unter den Umfragewerten auf Bundesebene liegt. Der schon seit zehn Jahren nicht mehr im Landtag vertretenen FDP werden sechs Prozent der Wählerstimmen zugetraut.

Gemäß dieser Prognose säßen im künftigen Landtag sechs Parteien, wobei die CDU mit 21 Prozent wieder zweitstärkste Kraft vor der AfD mit 17 Prozent werden könnte (ebd.). Die AfD kann die Dominanz der formal aufgelösten Parteiströmung «Der Flügel» zwar durch die Medienkompetenz ihres Vorsitzenden Leif-Erik Holm kaschieren, doch fehlt ihr eine populäre Führungsfigur, wie es sie in den übrigen ostdeutschen Bundesländern gibt. Aufgrund der mangelnden Fertigkeiten hinsichtlich der

1 Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags lagen, mit Ausnahme der Partei DIE LINKE, die Wahlprogramme der Parteien mit Aussicht auf Einzug in den Landtag noch nicht vor.

parlamentarischen Arbeit wird die Partei eher vom Bundestrend getragen und reicht damit nicht an die Erfolge anderer Landesverbände in Ostdeutschland heran.

Auch die seit 2006 mitregierende CDU hat das Problem, dass mit Caffier ihr berühmtester Landespolitiker seinen Beruf als Abgeordneter aufgeben wird und somit das personelle Zugpferd im Wahlkampf fehlt. Gab es bereits 2016 Forderungen nach seinem Rücktritt, sind diese während der aktuellen Legislaturperiode verstärkt geäußert worden. Schließlich wurden unter seiner Verantwortung als Innenminister Verbindungen der Sicherheitsbehörden zu rechten Gruppierungen bekannt – verbunden mit dem Diebstahl von Waffen, Sprengstoff und Munition – sowie ein fragwürdiges Zurückhalten von Informationen zu den Umständen des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz 2016. Als Innenminister zurückgetreten ist Caffier letztlich, nachdem bekannt geworden war, dass er eine Jagdwaffe bei einem dem faschistischen Netzwerk Nordkreuz zuzurechnenden Waffenhändler gekauft hat. In Michael Sack hat die CDU keinen populären Nachfolgern gefunden. Dennoch läge sie nur noch knapp hinter der SPD, der mit 23 Prozent ein Verlust von fast einem Viertel der Stimmen gegenüber der letzten Wahl vorhergesagt wird (ebd.). Bislang hat die SPD immer von der Popularität ihrer Ministerpräsident*innen profitieren können, aber die Beliebtheitswerte von Manuela Schwesig sind zuletzt deutlich gesunken.

Auch die Linkspartei würde erneut Wählerstimmen einbüßen und mit elf Prozent voraussichtlich die fünftstärkste Partei im Schweriner Schloss werden (ebd.). Somit könnte sich der tendenzielle Abwärtstrend der Partei im Bundesland fortsetzen. Nach dem Zusammenschluss von PDS und WASG 2007 konnte die Partei zunächst gute Ergebnisse erzielen, bei der Bundestagswahl 2009 erreichte sie mit 29 Prozent das zweitbeste Ergebnis der Partei auf Bundesebene. Daran konnte sie bei den Landtagswahlen 2011 nicht anschließen. Auch in den folgenden Jahren erzielte sie auf kommunaler Ebene sowie bei Bundestags- und Europawahlen bessere Ergebnisse als bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (Maser/Scheele 2017: 66). Maser und Scheele machen für das Ergebnis von 2011 die politische Spaltung im Landesverband und insbesondere den öffentlichen Konflikt mit dem Kreisverband Stralsund verantwortlich. Doch obwohl die Partei nach der Auflösung des Kreisverbands geschlossen in den Wahlkampf zog, schnitt sie bei der Landtagswahl 2016 deutlich schlechter ab als erwartet. Dies kann auch darauf zurückgeführt werden,

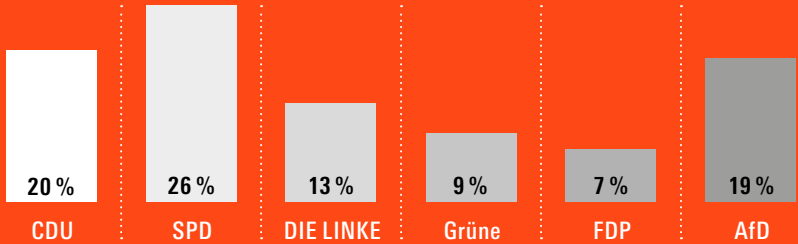
dass damals alle Parteien mit einer Politisierung von «Heimat» Wahlkampf betrieben. Die LINKE «verkürzte [...] die gefühlte Unzufriedenheit vieler Wählerinnen und Wähler zu stark auf ein Thema» und verlor den angesprochenen Personenkreis an die AfD (ebd.: 72).

Ausgehend von der letzten Umfrage bleiben nicht viele Optionen für eine Regierungsbildung. Die einzige Koalition mit einer klaren Mehrheit wäre eine sogenannte Kenia-Koalition, wie sie in Sachsen-Anhalt von 2016 bis 2021 bestand und in Sachsen und Brandenburg 2019 gebildet wurde. Dieses Bündnismodell, das in der Regel von keiner Partei favorisiert wird, könnte sich damit zum Standard in den neuen Bundesländern entwickeln. Aber auch Koalitionen, die weniger als 50 Prozent der Wählerstimmen erhalten, sind denkbar, etwa eine Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei (R2G) mit einer knappen Mehrheit der Sitze. Eine wirkliche Mehrheitsperspektive hätte eine solche Koalition aber nur, wenn die FDP nicht in den Landtag einzieht. Auch ein Bündnis der SPD mit CDU und FDP wäre denkbar – wenn auch ebenso knapp wie R2G.

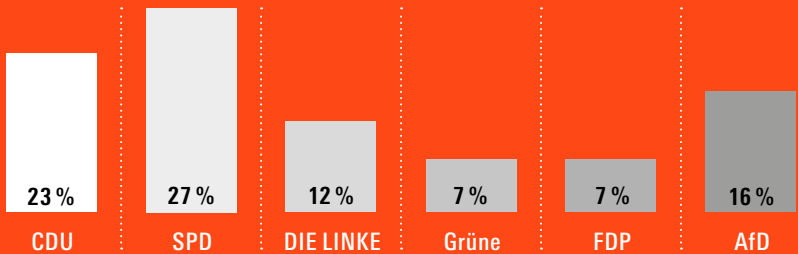
Die Chance einer rot-rot-grünen Koalition ist der aktuellen Schwäche der CDU zu verdanken, sollte sie sich für eine Neuaufstellung in der Opposition entscheiden. Die knappe Mehrheit einer R2G-Regierung wäre dann sowohl Segen als auch Fluch für linke Politik: Gesetze müssten voraussichtlich immer einstimmig beschlossen werden und eine solche Koalition dürfte sich keine internen Konflikte leisten. Das könnte der Linkspartei unliebsame Kompromisse abverlangen, die bei ihren Wähler*innen «[Zweifel] über den vorübergehenden Charakter und den ausschließlichen Zweck» einer sozialistischen Regierungsbeteiligung wecken könnten (Luxemburg 1955: 64). Gleichzeitig wäre eine solche Koalition aufgrund der Situation der drei Parteien ein guter Ansprechpartner für eine außerparlamentarische Linke oder Initiativen gegen den Verfall der öffentlichen Daseinsvorsorge – insofern diese es schaffen, klare Forderungen an die Landesregierung zu stellen und von ihr als legitime Gesprächspartner anerkannt werden. Denn eine geschwächte SPD und eine Linkspartei, die zu früheren Spitzenergebnissen zurückkehren möchte, können ebenso wenig die Forderungen ihrer Kernwähler*innen ignorieren wie die im Land kaum verankerten, aber vom Bundestrend getragenen Grünen. Die Voraussetzungen für eine progressive Regierungspolitik wären so gegeben, die Umsetzung würde allerdings allen drei Parteien viel abverlangen.

LETZTE UMFRAGEWERTE

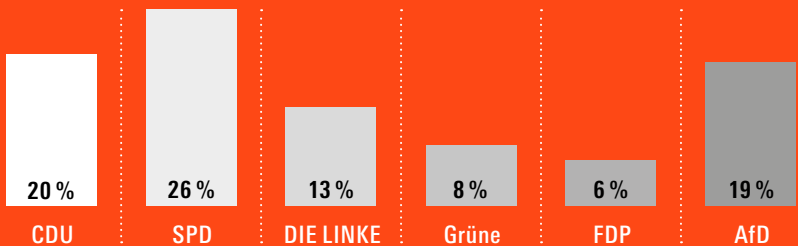
25. Juli 2021 (INSA)



15. Juli 2021 (Infratest dimap)



1. Juli 2021 (INSA)



ARBEITEN UND LEBEN IM URLAUBSLAND

In Mecklenburg-Vorpommern leben etwas mehr als 1,6 Millionen Menschen verteilt auf 23.216 Quadratkilometer (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2020: 9 u. 25). Damit ist die Bevölkerung seit der Zugehörigkeit zur Bundesrepublik um 300.000 Personen geschrumpft. Der gesunkenen Bevölkerungsdichte – der niedrigsten im Vergleich aller Bundesländer – sind die Landesregierungen mit mehreren Gebietsreformen begegnet. So wurde die Anzahl der Landkreise zwischen 1990 und 2019 von 37 auf sechs verringert, die Anzahl der Gemeinden von 1.118 auf 724 und die der Ämter von 122 (1994) auf 76 (ebd.: 25 f.). Diese Zentralisierung fordert von der Bevölkerung ein hohes Maß an Mobilität, da die Wege zu Gerichten und Verwaltungsgebäuden weit sind. Aber auch Kommunalpolitiker*innen sind mit einem hohen Reiseaufwand konfrontiert.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der demografische Wandel deutlich spürbar. Die bundesweit beobachtbare Alterung der Bevölkerung verstärkt sich hier durch die Abwanderung zumeist junger Frauen. Waren 1990 noch 10,9 Prozent der Bevölkerung 65 und älter, waren es 2019 bereits 25,2 Prozent (ebd.: 28). Das damit einhergehende Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung ging jedoch mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einher, sodass die aktuelle Arbeitslosenquote zwar im bundesweiten Vergleich hoch, aber für Verhältnisse im Nordosten moderat ist. 2005 war noch jede fünfte erwerbsfähige Person im Land ohne Erwerbsarbeit (ebd.: 342). Trotz eines zuletzt in allen neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten stärkeren Anstiegs der Entgelte bleibt der Nordosten der «Lohnkeller» (Schröder u. a. 2021: 59) und Niedriglohmland. Gleichzeitig arbeiteten die Lohnabhängigen aber weiterhin überdurchschnittlich lang (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2020: 296). Zudem verfügen nur 44 Prozent der Lohnabhängigen über ein tarifgebundenes Arbeitsverhältnis. Dies entspricht dem ostdeutschen Durchschnitt, liegt aber deutlich unter dem in den alten Bundesländern (Frei/Kriwoluzky 2020: 54). Allerdings ist die Tarifbindung sehr stark branchenabhängig. Dabei fällt besonders das verarbeitende Gewerbe auf. Dort ist der Anteil tarifgebundener Betriebe² zwischen 2009 und 2019 um sieben Prozentpunkte auf 15 Prozent gesunken (ebd.: 56).

2 Allerdings werden beim IAB-Betriebspanel nur die Betriebe gezählt, in denen mindestens eine Person in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis angestellt ist. Der Anteil an allen Betrieben fällt entsprechend niedriger aus.

Der durch die Treuhand in den frühen 1990er Jahren vorangetriebene Umbau der Wirtschaftsstruktur prägt auch Mecklenburg-Vorpommern. So fanden auch hier eine Deindustrialisierung und ein Ausbau anderer Sektoren statt, wobei Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors entstanden. Der Niedergang der Industrie lässt sich sehr gut am Schiffbau nachvollziehen. Haben in dieser Branche am Ende der DDR noch Zigtausende Menschen gearbeitet, ist die Geschichte der Werften in Mecklenburg-Vorpommern nach 1990 von Krisen, Übernahmen, Subventionen und Stellenstreichungen gekennzeichnet. Zuletzt wurden in den Krisenjahren nach 2007 die Belegschaften landesweit auf 3.000 Personen reduziert (Astor u. a. 2016: 14). Zurzeit ist die Branche mit den noch nicht absehbaren Folgen der Pandemie konfrontiert: Mit der Übernahme dreier Werften im letzten Jahrzehnt durch die Genting Group ist der Bau von Passagierschiffen vorangetrieben worden. Dies galt als zukunftsweisend (ebd.: 65). Allerdings ist die Nachfrage nach Kreuzfahrtschiffen in der Pandemie eingebrochen und auch mit Blick auf den Klimawandel und die Klimapolitik ist die Zukunft dieser Branche ungewiss. Zuletzt sind lediglich 2.000 Arbeitsplätze durch Subventionen vorübergehend gesichert worden (NDR 2021c). Mit einem neuen Aufschwung ist jedoch angesichts der überregionalen Probleme im Schiffbau vorerst nicht zu rechnen. Nichtsdestotrotz wollen die Werftarbeiter*innen mit der IG Metall ein Konzept zur Weiterführung der Werften im Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit entwickeln (IG Metall Küste 2020). Allerdings müssen die Pläne für eine klimaneutrale Kreuzfahrt erst noch gesellschaftlich verhandelt werden, bevor eine Umsetzung sinnvoll sein kann.

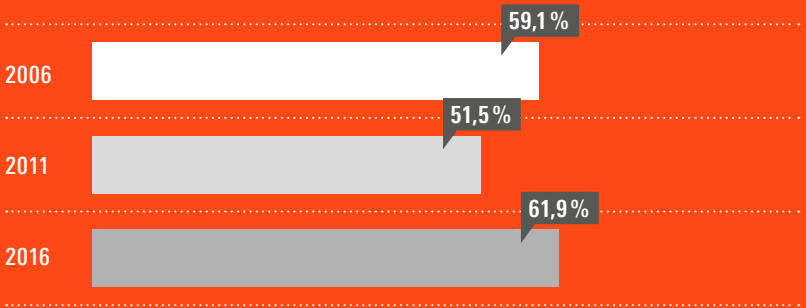
Eine gegenläufige Entwicklung in der maritimen Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt ist jedoch bei den Zulieferbetrieben für den Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern festzustellen. Dort sind sogar neue Arbeitsplätze entstanden (Astor u. a. 2016: 30). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Betriebe ihre Produktpalette diversifiziert haben und mit hochgradig konkurrenzfähigen Produkten auf dem Weltmarkt präsent sind. Zudem hat sich in Mecklenburg-Vorpommern die Fertigung von Offshore-Anlagen etabliert. Da die Erzeugung von regenerativem Strom im Nordosten den dortigen Verbrauch deutlich übersteigt, ist die Zukunft dieser Branche jedoch vom Ausbau der entsprechenden Leitungen in Regionen mit hohem Energiebedarf abhängig (Johansen 2013: 266).

Neben dem Schiffbau hat sich die Nahrungsmittelverarbeitung zu einer zentralen Industriebranche entwickelt – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich internationale Konzerne angesiedelt haben. In der Ernährungswirtschaft wird ein Drittel des Gesamtumsatzes des verarbeitenden Gewerbes erwirtschaftet (MWAG MV 2021). Die bedeutendsten Produktbereiche liegen in der Erzeugung von Backwaren, in der Verarbeitung von Fisch, Fleisch und Milch sowie in der Getränkeherstellung. Weil hier vorwiegend regionale Agrarerzeugnisse weiterverarbeitet werden, verbleibt ein großer Teil der Wertschöpfung im Bundesland. Allerdings profitieren davon seit der Abwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nur die privaten Unternehmen. Die Steigerung der Produktion ist also mitnichten mit einer Steigerung der Lebensqualität in den ländlichen Gemeinden verbunden – im Gegenteil (Maschke/Köncke 2020: 288).

Die wichtigste Branche in Mecklenburg-Vorpommern, für die auch die Ernährungswirtschaft von zunehmender Bedeutung ist (Oswald u. a. 2015: 26), stellt die Gesundheitswirtschaft dar, und zwar sowohl im Hinblick auf die Wertschöpfung als auch hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen. 2014 haben direkte und indirekte Wertschöpfung zusammen ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgemacht (ebd.: 2). Allerdings ist diese im bundesweiten Vergleich hohe Bedeutung auch darauf zurückzuführen, dass Mecklenburg-Vorpommern in absoluten Zahlen ein wirtschaftsschwaches Bundesland ist. Deshalb fallen die für die Grundversorgung der Bevölkerung notwendigen Betriebe stärker ins Gewicht (MWBT MV 2012: 24). Allerdings haben die Landesregierungen erfolgreich eine Strategie zur Förderung der vorgelagerten Wertschöpfung verfolgt. So ist beispielsweise die Medizintechnikherstellung ausgebaut worden. Auch im Gesundheitstourismus konnte ein Wachstum verzeichnet werden. Mit diesen beiden Zweigen verfügt die Gesundheitswirtschaft über ein Internationalisierungspotenzial, das sich bereits in einem steigenden Exportanteil zu entfalten beginnt (Oswald u. a. 2015: 2).

Für die Lohnabhängigen bedeutet der Ausbau der Gesundheitswirtschaft eine Steigerung ihrer Marktmacht. Denn ihre absolute Zahl wächst trotz eines Rückgangs der Erwerbsbevölkerung seit Langem. Dieses Machtpotenzial wurde von ver.di in den letzten Jahren in vielen Arbeitskämpfen kanalisiert (vgl. Schröder u. a. 2021: 46 f.). Dem Erfolg dieses gewerkschaftlichen Handelns ist der Anstieg der Tarifbindung im Gesundheitswesen zu verdanken. So hat sich der Anteil der tarifgebundenen Betriebe zwischen 2009 und 2019 von 14 auf 23 Prozent erhöht (Frei/Kriwoluzky 2020: 56).

WAHLBETEILIGUNG



Quelle: www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/

Außerdem spielt das Gastgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern eine große Rolle. Die Tourismusintensität ist hoch und bei der Anzahl der Übernachtungen pro Einwohner*in ist das Bundesland unangefochtener Spitzenreiter im bundesdeutschen Vergleich (Schrader u. a. 2020: 7). Die im Zuge der Pandemieeindämmung immer wieder vorgenommenen temporären Beschränkungen oder Schließungen im Gastgewerbe sind deshalb heftig vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DeHoGa) kritisiert worden. Dieser ist im Bundesland sehr gut aufgestellt und steht kaum organisierten Lohnabhängigen gegenüber. Trotzdem konnte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) 2019 den ersten Flächentarifvertrag im Gastgewerbe aushandeln.

AUSSERPARLAMENTARISCHE BEWEGUNGEN

In Mecklenburg-Vorpommern ist es aufgrund der Fläche und der geringen Bevölkerungsdichte sowie des – abseits der touristisch erschlossenen Gebiete – kaum noch vorhandenen öffentlichen Personennahverkehrs schwierig, politische Prozesse anzustoßen, die den lokalen Rahmen überschreiten. Allerdings gibt es auch in den ländlichen Räumen linke Jugendzentren. Diese organisieren zum Beispiel mit dem Alternativen Jugendcamp (AJUCA) ein über das Bundesland hinaus bedeutendes Vernet-

zungstreffen für linke Jugendliche. Zudem entstanden in den letzten Jahren Kulturhäuser, die sich der lokalen Demokratieförderung verschrieben haben. Trotz dieser Vielfalt auf lokaler Ebene scheitern landesweite Bündnisse oft an diesen strukturellen Hindernissen. Zudem werden sie häufig von Menschen aus Rostock – als Zugverkehrsknotenpunkt und Universitätsstadt mit vielen linken Gruppierungen und entsprechender Infrastruktur – dominiert. Durch die in Pandemiezeiten zur Normalität gewordenen Videokonferenzen könnten diese Probleme in Zukunft zum Teil kompensiert werden.

Jenseits der Organisierungsschwierigkeiten sind die Bewegungen lange durch eine One-issue-Politik geprägt gewesen. Begründet in den gut organisierten und starken faschistischen Strukturen hat kein Thema eine so umfassende Behandlung gefunden wie der Antifaschismus. Dieses Politikfeld ist von verschiedensten Aktionsformen und Akteur*innen geprägt, die auch antirassistische Politiken immer wieder auf die Tagesordnung setzen. Erst die Bewegung Fridays for Future hat es geschafft, in der Fläche ansatzweise eine ähnliche Präsenz zu entwickeln und die Klimapolitik so in kürzester Zeit als weiteres zentrales Thema zu etablieren. Kämpfe um das Recht auf Stadt, Antimilitarismus oder ähnliche bundesweit relevante Themenfelder werden in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht oder kaum bearbeitet. Auch eine gewerkschaftliche Organisation ist selbst innerhalb linker Strukturen keine Selbstverständlichkeit.

Zudem sind die außerparlamentarischen Bewegungen stark von einer Art Rivalität geprägt. Gerade aufgrund der Mobilitätsprobleme gipfeln die seltenen landesweiten Bündnisse zumeist in einer zentralen Demonstration in Rostock oder durch Schwerin. So wird dieses Jahr wieder eine Woche vor der anstehenden Wahl – dieses Mal von «#unteilbar MV» organisiert – in Rostock demonstriert werden, um die Forderungen an die künftige Landesregierung starkzumachen. Diese öffentlichen Proteste sind allerdings auch ein Ausdruck der fehlenden Handlungsfähigkeit der außerparlamentarischen Akteure, die auch die Politik vor Ort prägt. Deshalb ist es eine bedeutsame Leistung, dass es der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit ihren Kooperationspartnern als einziger unter den parteinahen Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern gelingt, kontinuierlich Bildungsangebote in der Fläche zu organisieren und somit Perspektiven für ein anderes Zusammenleben zu schaffen.

Neben den explizit linken Bewegungen gibt es aber auch diverse lokale Bürgerinitiativen, die gegen die mangelnde demokratische Teilhabe bei lokalen Bauvorhaben zum Beispiel bei Windkraft- oder Mastanlagen protestieren. Grund für die Organisation ist oftmals die Befürchtung, dass mit den Anlagen die Lebensqualität vor Ort sinken könnte. Aber auch gegen den Verfall und Rückbau der öffentlichen Infrastruktur organisieren sich die Menschen zunehmend. So konnten die Proteste gegen die Stilllegung der Bahnlinie im Süden des Landes nach mehreren Jahren politischer Arbeit eine Teilbetriebnahme erwirken – unterstützt von der Partei DIE LINKE, die die Landesregierung erfolgreich mit deren verfehlter Politik konfrontieren konnte (Maser/Scheele 2017: 65). Auch der Kampf gegen den Verlust der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Fläche hat mit der Übernahme des Krankenhauses in Crivitz durch das Land einen Erfolg feiern können.

DIE LINKE – QUO VADIS?

Die PDS hat seit 1994 auf eine Regierungsbeteiligung hingearbeitet (Scheele 2013: 87). Damit stach der Landesverband in der Partei hervor. Während auch heute einzelne Landesverbände ihre Rolle als Oppositionspartei nicht infrage stellen, war die PDS/DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern immer entweder Teil der Landesregierung oder Regierungspartei im Wartestand. Zwar gab es einen Flügelstreit in der Partei hinsichtlich dieses Kurses, bei dem sich der auf Regierungsbeteiligung orientierte Teil der Partei durchsetzen konnte.

Die Frage einer Kurskorrektur stand zuletzt nach der Niederlage bei den Landtagswahlen 2016 im Raum. DIE LINKE hatte mit 13,2 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis im Bundesland erzielt und es galt zu prüfen, welche Schritte für eine Stärkung der Partei nötig seien. Einer kritischen Diskussion mit anschließender inhaltlicher, strategischer und taktischer Neuorientierung fehlte aber aufgrund der in Flügelkämpfen zerfallenen parteiinternen Opposition die Grundlage. Deshalb blieb als einzige Option der Austausch der Spitze von Landespartei und Fraktion. Auch die Position des im Landesverband einflussreichen Geschäftsführers wurde nach dessen tragischem Tod neu besetzt, sodass die Partei mit neuem Führungspersonal auftrat. Seither agiert sie ähnlich wie vorher und setzt – analog zum Wahlkampf 2016 mit Helmut Holter – auch 2021 weniger auf die Herausarbeitung inhaltlicher Schwerpunkte als auf die Spit-

zenkandidat*in Simone Oldenburg, die derzeit der Landtagsfraktion vor-
sitzt. Bereits Monate vor Wahlkampfbeginn diente eine Plakatkampagne
dazu, Oldenburg zum Gesicht der Partei zu machen. Und tatsächlich kann
die Partei mit einem positiven Effekt ihrer Spitzenkandidatur rechnen. So
weist die jüngste Umfrage für Oldenburg die zweithöchsten Beliebtheits-
werte unter allen Spitzenkandidat*innen aus und der Zuspruch für sie
liegt deutlich über dem für die Partei. Vor allem als Bildungspolitikerin ist
Oldenburg eine feste Größe im Land. Allerdings hat die Bedeutung des
Themas Bildung für die Wähler*innen zuletzt nachgelassen, da die Angst
in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung überwiegt. Für einen
auf eine Person zugeschnittenen Wahlkampf birgt dies die Gefahr, dass
eine mögliche diskursive Entwertung der Expertise der Spitzenkandidatin
nicht durch die Partei ausgeglichen werden kann.

In der Person von Simone Oldenburg zeigt sich aber auch die Stärke der
Fraktion. Gerade weil diese sich darauf vorbereitet, künftig selbst Teil der
Regierung zu sein, hat sie Kompetenzen zu allen wichtigen Sachthemen
entwickelt und ist in der Lage, zu allen Themen Stellung zu beziehen. Auf
diese Weise kann sich die Linksfraktion gegenüber den Regierungspartei-
en als Gesprächspartner auf Augenhöhe behaupten. Die Strategie, Mit-
arbeitende der Fraktion auf eigene Kandidaturen vorzubereiten, sichert
dieses Know-how über Legislaturperioden hinweg.

In dieser Regierungsorientierung liegt aber mit dem unangefochtenen
Vorrang der Fraktion gegenüber der Partei ein zentrales Problem für die
Entwicklung der Landespartei. Mit Blick auf die Erfahrungen in der Ber-
liner Landesregierung seit 2002 stellte Cornelia Hildebrandt 2007 fest:
«Auch wenn Linke in Regierungsverantwortung agieren, bleibt parla-
mentarische Arbeit ein Teil der Parteiarbeit und darf nicht zur Abkopplung
von den Gliederungen der eigenen Partei und zur Vernachlässigung der
Parteientwicklung führen.» (Hildebrandt 2007: 24) Eine Orientierung am
«strategischen Dreieck» (ebd.: 5) darf nicht in eine bloße Legitimation der
Beteiligung an Regierungen münden, sondern muss die drei Aspekte Pro-
test und Widerstand, Gestalten im Hier und Jetzt sowie die Vision eines
demokratischen Sozialismus produktiv verknüpfen. Findet eine Abkopp-
lung statt, gelingt es der Partei kaum mehr, als Kraft des organisierten Pro-
tests gegenüber der Landesregierung aufzutreten. Zwar sind die Abgren-
zungen gegen die CDU glaubhaft, problematischer gestaltet sich aber
das Verhältnis zur SPD. Diese hat als Regierungspartei die Missstände zu
verantworten, die die Linksfraktion thematisiert. Die Angebote, gemein-

sam zu regieren, verkennen dementsprechend, dass sich die SPD in einigen Punkten fundamental von der Linkspartei unterscheidet, oder unterstellen, dass die Politik in einer SPD-geführten Regierung vom kleineren Koalitionspartner bestimmt wird und dass für eine progressive Politik die CDU lediglich durch die Linkspartei ausgetauscht werden müsste. Der Verzicht auf den Status einer Protestpartei könnte sich aber insbesondere in diesem Wahlkampf als Problem erweisen, der von einem Sinken der Zustimmungswerte für die Landesregierung, die regierende SPD und die Ministerpräsidentin geprägt ist. Zudem kann die politische Orientierung der Partei zu einer Passivierung der Bevölkerung als politisch Handelnde führen. Das Potenzial der außerparlamentarischen Politik wird dabei verkannt. Die Partei muss wieder daran arbeiten, in den alltäglichen Kämpfen im Land präsent zu sein, und das «Lernen in Konflikten» (Ritter 2015: 143) nicht auf die parlamentarische Arbeit beschränken. Was ihr im Hinblick auf die Südbahn gelungen ist – aktiver Teil eines politischen Konflikts und dessen Sprachrohr im Landtag zu sein –, kann als Ausgangspunkt für eine künftige Bewegungspartei DIE LINKE angesehen werden. Gleichzeitig hat die Linkspartei als landesweit agierende Organisation die Möglichkeit zur Zusammenführung der lokalen Kämpfe. Ohne diese Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegungen wird die Partei nicht die politische Macht entfalten können, die für eine Umsetzung ihrer Programmatik nötig ist. Dazu braucht es aber eine gezielte Ansprache der lokalen Initiativen. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern muss zeigen, ob sie dies noch kann. Das bedeutet aber auch, dass der Schwerpunkt nicht auf der Akzeptanz durch die anderen Parteien liegen darf. Die in den Parlamenten gewonnen Kompetenzen hingegen können zur Machtressource für die außerparlamentarischen Bewegungen und für eine neue sozial-ökologische Politik werden. Das erfordert aber auch eine kritische Betrachtung der eigenen Positionen.

LITERATURVERZEICHNIS

Astor, Michael/Bartels, Hans-Jürgen/Jarowinsky, Michael u. a. (2016): Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin.

BfA – Bundesagentur für Arbeit (2021): Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Mai 2021, Nürnberg.

Deutschlandfunk (2019): Mecklenburg-Vorpommern – Informationspolitik zu «Nordkreuz»-Liste wirft Fragen auf, Deutschlandfunk, unter: www.deutschlandfunk.de/mecklenburg-vorpommern-informationspolitik-zu-nordkreuz.1769.de.html?dram:article_id=454708.

DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern (2021): Das ist links! Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl am 26. September 2021, unter: www.originalsozial.de/fileadmin/dokumente_2021/LPT_Jun_2021_HRO/Beschluss_LT_WP_2021.pdf.

Frei, Marek/Kriwoluzky, Silke (2020): IAB-Betriebspanel Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse der 23. Befragungswelle 2018, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Berlin.

Hildebrandt, Cornelia (2007): Der schmale Grat linker Reformpolitik – der Fall Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

IG Metall Küste (2020): MV Werften: Gemeinsame Erklärung zum Erhalt der Standorte Rostock, Stralsund und Wismar, unter: www.igmetallkueste.de/aktuell/news/mv-werften-gemeinsame-erkl-228-rung-zum-erhalt-der-standorte-rostock-stralsund-und-wismar.

Infratest dimap (2021): Mecklenburg-Vorpommern TREND Mai 2021. Repräsentative Studie im Auftrag von NDR, Schweriner Volkszeitung und Ostsee-Zeitung, unter: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2021/mai/.

Johansen, Kathrin (2013): Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Wandel, in: Koschkar, Martin/Nestler, Christian/Scheele, Christopher (Hrsg.): Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden, S. 251–268.

Kahrs, Horst (2016): Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016. Wahl Nachtbericht und erste Analyse, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Klüter, Helmut (2020): Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung im Landkreis Vorpommern-Greifswald, RegunG. Regionalwissenschaft und Geographie 49, Greifswald.

Klüter, Helmut (2021): Dezentralisierte COVID-19-Strategien für Vorpommern-Greifswald, RegunG. Regionalwissenschaft und Geographie 51, Greifswald.

Luxemburg, Rosa (1955): Eine taktische Frage, in: Radczun, Günter (Hrsg.): Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin, S. 60–64.

Maschke, Alexander/Köncke, Philipp (2020): Wirtschaftsdemokratie und ihre systemischen Grenzen: Genossenschaftliche Landwirtschaft am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 199, S. 277–294.

Maser, Michael/Scheele, Christopher (2017): Die LINKE – «Aus Liebe zu M-V», in: Werz, Nikolaus/Koschkar, Martin/Müller, Jan u. a. (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeraum, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, hrsg. von der Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Rostock.

MWBT MV – Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern (2012): Masterplan Gesundheitswirtschaft Mecklenburg-Vorpommern 2020. Fortschreibung des Masterplans Gesundheitswirtschaft 2010, Schwerin.

MWAG MV – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern (2021): Ernährungsindustrie, Regierungsportal M-V, unter: www.regierung-mv.de/Landesregierung/wm/Wirtschaft/Industriebranchen/Ern%C3%A4hrungsindustrie/.

NDR (2021a): Alt Tellin: Ermittlungen nach Brand von Schweinezuchtanlage, 31.3.2021, unter: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Alt-Tellin-Ermittlungen-nach-Brand-von-Schweinezuchtanlage,brand7970.html.

NDR (2021b): Gutachten schlägt weniger Geburtsstationen vor, 8.4.2021, unter: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Gutachten-schlaegt-weniger-Geburtsstationen-vor,medizinischeversorgung102.html.

NDR (2021c): MV-Werften durch Millionenspritze vorerst gerettet, 26.5.2021, unter: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-Werften-durch-Millionenspritze-vorerst-gerettet,mvwerften364.html.

Oswald, Dennis A./Legler, Benno/Schwärzler, Marion Cornelia u. a. (2015): Der ökonomische Fußabdruck der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Analyse der volkswirtschaftlichen Bedeutung für Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Außenhandel unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes, Rostock.

Renner, Martina/Wehrhahn, Sebastian (2020): Kontrollverlust. Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden, in: LuXemburg 2/2020, S. 42–49.

Ritter, Peter (2015): Warum? Für wen? Wohin?, in: Hennig-Wellsow, Susanne (Hrsg.): Mit LINKS regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, Hamburg, S. 140–147.

Scheele, Christopher (2013): Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar, Martin/Nestler, Christian/Scheele, Christopher (Hrsg.): Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden, S. 87–108.

Schrader, Klaus/Stehn, Jürgen/Laaser, Friedrich (2020): Urlaub in Corona-Zeiten: Perspektiven für den Tourismus in Deutschland, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel, Policy Brief 140, Kiel.

Schröder, Doris/Lübker, Malte/Schulten, Thorsten (2021): Tarifverträge und Tarifflicht in Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Study 25, Düsseldorf.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2020): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2020, Schwerin.

AUTORENINFO

Alexander Maschke ist Soziologe und promoviert in Rostock. Er untersucht das Kampffeld der DGB-Gewerkschaften in Mecklenburg-Vorpommern, wobei er gewerkschaftssoziologische Ansätze um die Perspektiven einer marxistischen Subjektwissenschaft erweitert. 2020 veröffentlichte er zusammen mit Philipp Köncke in der Zeitschrift *PROKLA* den Aufsatz «Wirtschaftsdemokratie und ihre systemischen Grenzen: Genossenschaftliche Landwirtschaft am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns».

WWW.ROSALUX.DE

